

Die urheberrechtliche Judikatur des EuGH im Fokus der Grundrechte

Arbeitskreis Urheberrecht, 13. März 2026

Veronika Appl



Fair Balance

- Grundrechte in der EU
- Charta der Grundrechte der Europäischen Union (GRC)
- Zahlreiche Leitentscheidungen des EuGH
- Zentrale Aussagen der Urheberrechts-Rsp EuGH:
 - indirekte horizontale Auswirkungen
 - angemessener Ausgleich („fair balance“)



Urheberrecht als Grundrecht

- Art 17 Abs 2 GRC:

„Geistiges Eigentum wird geschützt.“

- Anerkannte grundrechtlich geschützte Position, aber nicht absolut (*Pelham*, C-476/17):

Der Schutz des geistigen Eigentums ist nicht grenzenlos und unbeschränkt.

Abwägung mit den Grundrechten der Nutzer

Art 8

Jede Person hat das Recht auf Schutz der sie betreffenden personenbezogenen Daten.

Art 16

Die unternehmerische Freiheit wird nach dem Gemeinschaftsrecht und den einzelstaatlichen Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten anerkannt.

Art 11

Jede Person hat das Recht auf freie Meinungsäußerung. Dieses Recht schließt die Meinungsfreiheit und die Freiheit ein, Informationen und Ideen ohne behördliche Eingriffe und ohne Rücksicht auf Staatsgrenzen zu empfangen und weiterzugeben.

Art 14

*(1) Jede Person hat das Recht auf Bildung sowie auf Zugang zur beruflichen Ausbildung und Weiterbildung.
(2) Dieses Recht umfasst die Möglichkeit, unentgeltlich am Pflichtschulunterricht teilzunehmen.*

Art 13

Kunst und Forschung sind frei. Die akademische Freiheit wird geachtet.

Grundrechtliche Aspekte des Urheberrechts

Grundrechte werden vom EuGH hauptsächlich in Bezug auf 3 Aspekte des Urheberrechts herangezogen:

I. Schutzzumfang

II. Ausnahmen vom Urheberrecht

III. Durchsetzungsmaßnahmen

I. Schutzzumfang



Luksan, C-277/10

- Ausdrückliche Anwendung von Art 17 Abs 2 GRC
- Umsetzung der Info-RL darf nicht zum „Entzug“ des Rechts auf geistiges Eigentum führen:

„70. Unter diesen Umständen käme die Verwehrung der in Rede stehenden Verwertungsrechte durch innerstaatliche Rechtsvorschriften einem Entzug seines rechtmäßig erworbenen Rechts des geistigen Eigentums gleich.“

GS Media, C-160/15

- Kern der Vorlagefrage: Stellt das Setzen eines Hyperlinks zu rechtswidrig veröffentlichten Inhalten eine „öffentliche Wiedergabe“ nach Art 3 Info-RL dar, insbesondere im Lichte der Rsp *Svensson* und *BestWater*?
- Abwägung zwischen Urheberrecht und Meinungsfreiheit (Art 11 GRC)
 1. Bedeutung von Hyperlinks und Grundrechten

„45. ... Hyperlinks zu seinem guten Funktionieren und zum Meinungs- und Informationsaustausch in diesem Netz beitragen, das sich durch die Verfügbarkeit immenser Informationsmengen auszeichnet.“
 2. Schwierigkeit der Prüfung für Linksetzende

„46: ... als schwierig erweisen, zu überprüfen, ob die Website, zu der diese Links führen sollen, Zugang zu geschützten Werken geben, und gegebenenfalls, ob die Inhaber der Urheberrechte an diesen Werken deren Veröffentlichung im Internet erlaubt haben.“

GS Media, C-160/15

3. Zentrale Abgrenzung: Gewinnerzielungsabsicht und Kenntnis

- Nicht-kommerziell + keine (auch nicht zumutbare) Kenntnis → keine öffentliche Wiedergabe
- Kommerziell → widerlegbare Vermutung der Kenntnis → in der Regel öffentliche Wiedergabe
- Positive Kenntnis oder Umgehung von Zugangsbeschränkungen → immer öffentliche Wiedergabe

„51. Im Übrigen kann, wenn Hyperlinks mit Gewinnerzielungsabsicht gesetzt werden, von demjenigen, der sie gesetzt hat, erwartet werden, dass er die erforderlichen Nachprüfungen vornimmt, um sich zu vergewissern, dass das betroffene Werk auf der Website, zu der die Hyperlinks führen, nicht unbefugt veröffentlicht wurde, so dass zu vermuten ist, dass ein solches Setzen von Hyperlinks in voller Kenntnis der Geschütztheit des Werks und der etwaig fehlenden Erlaubnis der Urheberrechtsinhaber zu seiner Veröffentlichung im Internet vorgenommen wurde.“

- Vgl dazu auch *Renckhoff*, C-161/17 mit abweichendem Ergebnis iZm Online-Wiederveröffentlichung

II. Urheberrechtsausnahmen



Auslegungsfragen & Abschließender Ausnahmenkatalog

Grundrechtsnormen werden herangezogen für zwei unterschiedliche Zwecke

i. Konkurrierende Auslegungsfragen

- *Infopaq I*, C-5/08: Übernahme des Grundsatzes der strengen Auslegungsmaxime ins Urheberrecht
- Relativierung des strengen Ansatzes in Bezug auf Ausnahmen der Info-RL: zweckgebundene, grundrechtsorientierte Auslegung, vgl etwa *Premier League*, C-403/08, *Painer*, C-145/10, *Spiegel Online*, C-516/17

ii. Abschließender Schrankenkatalog (Art 5 Info-RL; vgl auch Erwägungsgrund 32)

- Abwägung nur innerhalb der einzelnen Ausnahmen → Grundrechte können keine weitergehenden Ausnahmen rechtfertigen!
- Leitentscheidungen: *Funke Medien*, C-469/17, *Spiegel Online*, C-516/17, *Pelham*, C-476/17

Funke Medien, C-469/17

- Konflikt zwischen Urheberrecht und Meinungsfreiheit / Pressefreiheit
- Abwägung: Kann das Urheberrecht die Beschränkung der Freiheit der Meinungsäußerung rechtfertigen?

„64. Nach alledem ist auf die dritte Frage zu antworten, dass die Informationsfreiheit und die Pressefreiheit, die in Art. 11 der Charta verankert sind, außerhalb der in Art. 5 Abs. 2 und 3 der Richtlinie 2001/29 vorgesehenen Ausnahmen und Beschränkungen keine Abweichung von den ausschließlichen Rechten des Urhebers zur Vervielfältigung und zur öffentlichen Wiedergabe aus Art. 2 Buchst. a bzw. Art. 3 Abs. 1 dieser Richtlinie rechtfertigen können.“

Spiegel Online, C-516/17

Kern der Vorlagefragen

- Wie sind die Grundrechte der GRC, insb Meinungs-, Informations- und Pressefreiheit, bei der Bestimmung der Reichweite der urheberrechtlichen Schranken nach Art 5 Abs 3 Info-RL zu berücksichtigen?
- Können Grundrechte weitere Ausnahmen zulassen, die über die taxativ geregelten Schranken nach Art 5 Abs 3 Info-RL hinausgehen?

Spiegel Online, C-516/17

- Anwendung GRC oder nationaler Grundrechte?

„21. Führt jedoch in einer Situation, in der das Handeln eines Mitgliedstaats nicht vollständig durch das Unionsrecht bestimmt wird, eine nationale Vorschrift oder Maßnahme das Unionsrecht im Sinne von Art. 51 Abs. 1 der Charta durch, steht es den nationalen Behörden und Gerichten weiterhin frei, nationale Schutzstandards für die Grundrechte anzuwenden, sofern durch diese Anwendung weder das Schutzniveau der Charta, wie sie vom Gerichtshof ausgelegt wird, noch der Vorrang, die Einheit und die Wirksamkeit des Unionsrechts beeinträchtigt werden.“

- Grundsätzliche Anwendbarkeit der GRC und „Doppelgeltung“ bei Umsetzungsspielraum
- Relativierung der engen Auslegung

„55. Folglich muss es die Auslegung der in Art. 5 der Richtlinie 2001/29 vorgesehenen Ausnahmen und Beschränkungen, wie in Rn. 36 des vorliegenden Urteils festgestellt, erlauben, deren praktische Wirksamkeit zu wahren und ihre Zielsetzung zu beachten, da ein solches Erfordernis von besonderer Bedeutung ist, wenn die Ausnahmen und Beschränkungen – wie die in Art. 5 Abs. 3 Buchst. c und d der Richtlinie 2001/29 vorgesehenen – die Achtung der Grundfreiheiten gewährleisten sollen.“

Spiegel Online, C-516/17

- Keine zusätzlichen Schranken durch Grundrechtsabwägung

„47. Dabei würde die Wirksamkeit der durch die Richtlinie bewirkten Harmonisierung des Urheberrechts und der verwandten Schutzrechte sowie das mit ihr verfolgte Ziel der Rechtssicherheit gefährdet, wenn jedem Mitgliedstaat ungeachtet des in Rn. 41 des vorliegenden Urteils genannten ausdrücklichen Willens des Unionsgesetzgebers gestattet würde, außerhalb der in Art. 5 der Richtlinie 2001/29 erschöpfend vorgesehenen Ausnahmen und Beschränkungen Abweichungen von den ausschließlichen Rechten des Urhebers aus den Art. 2 bis 4 dieser Richtlinie vorzusehen (Urteil vom 13. Februar 2014, Svensson u. a., C-466/12, EU:C:2014:76, Rn. 34 und 35). Aus dem 31. Erwägungsgrund dieser Richtlinie geht nämlich ausdrücklich hervor, dass die Unterschiede, die bei den Ausnahmen und Beschränkungen in Bezug auf bestimmte zustimmungsbedürftige Handlungen bestanden, unmittelbare negative Auswirkungen auf das Funktionieren des Binnenmarkts im Bereich des Urheberrechts und der verwandten Schutzrechte hatten und deshalb die in Art. 5 der Richtlinie 2001/29 aufgeführten Ausnahmen und Beschränkungen die Funktionsfähigkeit des Binnenmarkts sichern sollen.“

Spiegel Online, C-516/17

- Fair Balance zwischen Urheberrecht und Informationsfreiheit

„73. Würde vom Nutzer eines geschützten Werks verlangt, die Erlaubnis des Rechtsinhabers einzuholen, wenn dies bei vernünftiger Betrachtung möglich ist, würde damit verkannt, dass nach der in Art. 5 Abs. 3 Buchst. c Fall 2 der Richtlinie 2001/29 genannten Ausnahme oder Beschränkung, sofern die Voraussetzungen für ihre Anwendung vorliegen, die Nutzung eines geschützten Werks ohne jede Erlaubnis des Rechtsinhabers zulässig sein muss.“

Pelham, C-476/17

Kern der Vorlagefragen:

- Liegt im Fall des Samplings ein Eingriff in das Vervielfältigungsrecht vor?
- In welcher Weise sind bei der Bestimmung des Schutzzumfangs der Vervielfältigung und der Reichweite der Ausnahmen oder Beschränkungen dieser Rechte die Grundrechte der GRC zu berücksichtigen?



Pelham, C-476/17

- Sampling als geschützte Ausdrucksform

„35. Insoweit ist festzustellen, dass die Technik des „Elektronischen Kopierens von Audiofragmenten“ (Sampling), bei der ein Nutzer – zumeist mit Hilfe elektronischer Geräte – einem Tonträger ein Audiofragment entnimmt und dieses zur Schaffung eines neuen Werks nutzt, eine künstlerische Ausdrucksform ist, die unter die durch Art. 13 der Charta geschützte Freiheit der Kunst fällt.“

Pelham, C-476/17

- Keine Vervielfältigung bei nicht erkennbarem Audiofragment

„37. Die Annahme, dass ein Audiofragment, das für das eigene künstlerische Schaffen einem Tonträger entnommen und in einem neuen Werk in geänderter und beim Hören nicht wiedererkennbarer Form genutzt wird, eine „Vervielfältigung“ dieses Tonträgers im Sinne von Art. 2 Buchst. c der Richtlinie 2001/29 darstellt, widerspräche nicht nur dem Sinn dieses Begriffs nach dem gewöhnlichen Sprachgebrauch im Sinne der in Rn. 28 des vorliegenden Urteils angeführten Rechtsprechung, sondern missachtete auch das in Rn. 32 des vorliegenden Urteils angeführte Erfordernis eines angemessenen Ausgleichs.

38. Eine solche Auslegung würde es dem Tonträgerhersteller insbesondere ermöglichen, sich in dem geschilderten Fall dagegen zu wehren, dass ein Dritter zum Zweck des künstlerischen Schaffens ein – auch nur sehr kurzes – Audiofragment aus seinem Tonträger entnimmt, obwohl eine solche Entnahme ihm nicht die Möglichkeit nimmt, einen zufriedenstellenden Ertrag aus seinen Investitionen zu erzielen.“

Deckmyn, C-201/13

Kern der Vorlagefragen: Unionsrechtliches Verständnis der Parodie

- Schrankenregelung dient auch der **Meinungsfreiheit**

„25. ... Die Parodie stellt unstreitig ein geeignetes Mittel zur Äußerung einer Meinung dar.“



Deckmyn, C-201/13

- Fair Balance zwischen Urheberrecht und Meinungsfreiheit

„27. Folglich muss bei der Anwendung der Ausnahme für Parodien im Sinne von Art. 5 Abs. 3 Buchst. k der Richtlinie 2001/29 in einem konkreten Fall ein angemessener Ausgleich zwischen den Interessen und Rechten der in den Art. 2 und 3 der Richtlinie genannten Personen auf der einen und der freien Meinungsäußerung des Nutzers eines geschützten Werkes, der sich auf die Ausnahme für Parodien im Sinne dieses Art. 5 Abs. 3 Buchst. k beruft, auf der anderen Seite gewahrt werden.“

Painer, C-145/10

Kern der Vorlagefragen:

Ist die Ausnahme für Zitate gemäß Art 5 Abs 3 lit d Info-RL in Fällen anwendbar, in denen ein Pressebericht, der geschützte Inhalte zitiert, selbst kein urheberrechtlich geschütztes literarisches Werk darstellt?

Painer, C-145/10

- Zitatausnahme ist im Lichte ihres Zwecks auszulegen
 - Einbeziehung der freien Meinungsäußerung bei der Auslegung einer Urheberrechtsausnahme
 - angemessener Ausgleich zwischen Meinungsfreiheit der Nutzer und dem Schutz von Urheberrecht muss geschaffen werden

„134. Mit Art 5 Abs 3 lit d der Richtlinie 2001/29 soll ein angemessener Ausgleich zwischen dem Recht der Nutzer eines Werks oder sonstigen Schutzgegenstands auf freie Meinungsäußerung und dem Vervielfältigungsrecht des Urhebers erreicht werden.

135. Dieser angemessene Ausgleich wird im vorliegenden Fall dadurch sichergestellt, dass der Ausübung des Rechts der Nutzer auf freie Meinungsäußerung der Vorrang gegenüber dem Interesse des Urhebers, sich der Vervielfältigung von Auszügen aus seinem bereits rechtmäßig der Öffentlichkeit zugänglich gemachten Werk widersetzen zu können, eingeräumt wird, diesem aber ein Anspruch darauf zugestanden wird, dass grundsätzlich sein Name angegeben wird.

136. Aus dieser bipolaren Sicht ist es unerheblich, ob das Zitat in einem urheberrechtlich geschützten Werk oder aber in einem nicht urheberrechtlich geschützten Gegenstand erfolgt.“

III. Durchsetzungsmaßnahmen



Durchsetzungsmechanismen

Wirksame Durchsetzungsmechanismen nach Art 17 Abs 2 GRC in zwei Bereichen

i. Auskunftsanspruch nach Art 8 Abs 1 Enforcement-RL

Coty, C-580/13: „29. Das Auskunftsrecht, das dem Kläger im Zusammenhang mit einem Verfahren wegen Verletzung seines Eigentumsrechts zustehen soll, zielt somit in dem betreffenden Bereich darauf ab, das durch Art. 47 der Charta verbürgte Grundrecht auf einen wirksamen Rechtsbehelf zur Anwendung zu bringen und zu konkretisieren und dadurch die wirksame Ausübung des Grundrechts auf Eigentum sicherzustellen, zu dem das durch Art. 17 Abs. 2 der Charta geschützte Recht des geistigen Eigentums gehört. Wie der Generalanwalt in Nr. 31 seiner Schlussanträge ausgeführt hat, stellt das erstgenannte Grundrecht nämlich ein notwendiges Instrument zum Schutz des letztgenannten dar.“

ii. Sperr- und Filterverfügungen nach Art 11 Enforcement-RL

Promusicae, C-275/06

Kern der Vorlagefrage:

Verpflichtet das sekundäre EU-Recht (RL über den elektronischen Geschäftsverkehr, die Informationsgesellschaft und die Durchsetzung) die Mitgliedstaaten, Internetdiensteanbietern die Verpflichtung aufzuerlegen, die personenbezogenen Daten ihrer Kunden im Rahmen von Zivilverfahren weiterzugeben, um einen wirksamen Schutz des Urheberrechts zu gewährleisten?

Promusicae, C-275/06

- Fair Balance darf nicht zu einem Widerspruch von Rechten führen

„68. Es ist daher Sache der Mitgliedstaaten, bei der Umsetzung der genannten Richtlinien darauf zu achten, dass sie sich auf eine Auslegung derselben stützen, die es ihnen erlaubt, ein angemessenes Gleichgewicht zwischen den verschiedenen durch die Gemeinschaftsrechtsordnung geschützten Grundrechten sicherzustellen. Bei der Durchführung der Maßnahmen zur Umsetzung dieser Richtlinien haben die Behörden und Gerichte der Mitgliedstaaten nicht nur ihr nationales Recht im Einklang mit diesen Richtlinien auszulegen, sondern auch darauf zu achten, dass sie sich nicht auf eine Auslegung dieser Richtlinien stützen, die mit diesen Grundrechten oder den anderen allgemeinen Grundsätzen des Gemeinschaftsrechts, wie etwa dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit, kollidiert.“

- Keine Verpflichtung zur Einführung einer Offenlegungspflicht

„70. Aufgrund der vorstehenden Erwägungen ist auf die Vorlagefrage zu antworten, dass die Richtlinien 2000/31, 2001/29, 2004/48 und 2002/58 es den Mitgliedstaaten nicht gebieten, in einer Situation wie der des Ausgangsverfahrens im Hinblick auf einen effektiven Schutz des Urheberrechts die Pflicht zur Mitteilung personenbezogener Daten im Rahmen eines zivilrechtlichen Verfahrens vorzusehen...“

- Vgl auch *Bonnier*, C-461/10 und *Coty Germany*, C-580/13

Constantin Film, C-264/19

Kern der Vorlagefrage:

Fallen Auskünfte über E-Mail-Adressen, Telefonnummern und IP-Adressen unter den Begriff der „Adresse“ nach Art 8 Abs 2 Enforcement-RL?



Constantin Film, C-264/19

- Trotz des hohen Schutzniveaus der Enforcement-RL: Fair Balance zu beachten

„35. Insoweit trifft es zwar zu, dass das in Art. 8 der Richtlinie 2004/48 vorgesehene Auskunftsrecht das in Art. 47 der Charta der Grundrechte verbürgte Grundrecht auf einen wirksamen Rechtsbehelf zur Anwendung bringen und konkretisieren soll und dadurch die wirksame Ausübung des Grundrechts auf Eigentum sicherstellen soll, zu dem das durch Art. 17 Abs. 2 der Charta geschützte Recht des geistigen Eigentums gehört (Urteil vom 16. Juli 2015, Coty Germany, C-580/13, EU:C:2015:485, Rn. 29), indem es dem Inhaber eines Rechts des geistigen Eigentums ermöglicht, die Person zu identifizieren, die letzteres Recht verletzt, und die erforderlichen Maßnahmen zum Schutz dieses Rechts zu ergreifen (vgl. in diesem Sinne Urteil vom 18. Januar 2017, NEW WAVE CZ, C-427/15, EU:C:2017:18, Rn. 25).

36. Jedoch hat sich der Unionsgesetzgeber beim Erlass der Richtlinie 2004/48 für eine Mindestharmonisierung in Bezug auf die Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums im Allgemeinen entschieden (vgl. in diesem Sinne Urteil vom 9. Juni 2016, Hansson, C-481/14, EU:C:2016:419, Rn. 36). Diese Harmonisierung ist somit in Art. 8 Abs. 2 dieser Richtlinie auf klar umschriebene Auskünfte beschränkt."

UPC Telekabel Wien, C-314/12

Kern der Vorlagefragen:

- Ist ein offenes, maßnahmenneutrales Zugangsverbot mit der unionsrechtlich gebotenen Grundrechtsabwägung vereinbar?
- Genügen aufwendige, aber nur begrenzt wirksame Maßnahmen den Anforderungen der Verhältnismäßigkeit und der Grundrechtsabwägung?



UPC Telekabel Wien, C-314/12

- Sperrverfügung schränkt die unternehmerische Freiheit ein

„49. Das Recht auf unternehmerische Freiheit umfasst nämlich u. a. das Recht jedes Unternehmens, in den Grenzen seiner Verantwortlichkeit für seine eigenen Handlungen frei über seine wirtschaftlichen, technischen und finanziellen Ressourcen verfügen zu können.

50. Eine Anordnung wie die im Ausgangsverfahren in Rede stehende erlegt ihrem Adressaten aber einen Zwang auf, der die freie Nutzung der ihm zur Verfügung stehenden Ressourcen einschränkt, da sie ihn verpflichtet, Maßnahmen zu ergreifen, die für ihn unter Umständen mit erheblichen Kosten verbunden sind, beträchtliche Auswirkungen auf die Ausgestaltung seiner Tätigkeiten haben oder schwierige und komplexe technische Lösungen erfordern.“

UPC Telekabel Wien, C-314/12

- Kern der unternehmerischen Freiheit bleibt hingegen unangetastet

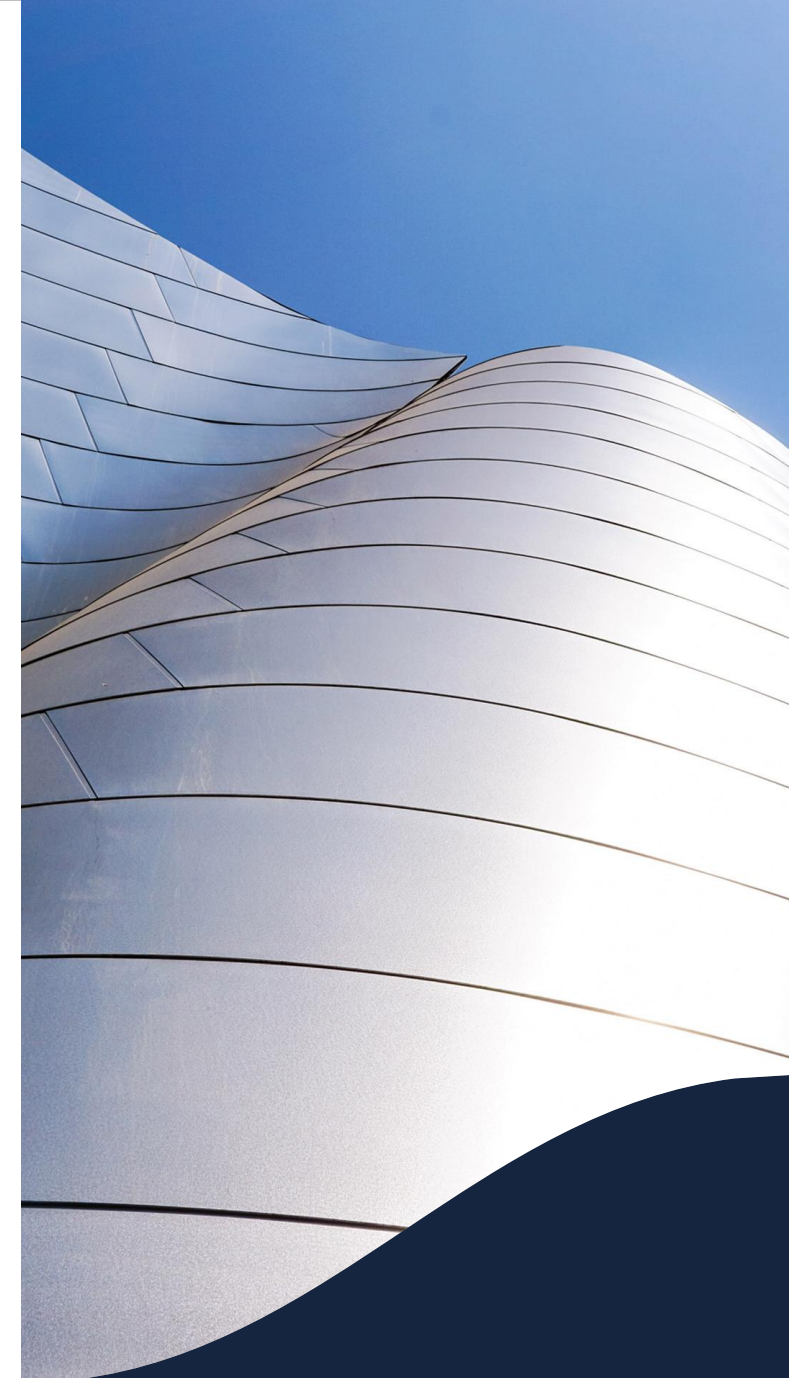
„52. Zum einen überlässt es eine Anordnung wie die im Ausgangsverfahren in Rede stehende ihrem Adressaten, die konkreten Maßnahmen zu bestimmen, die zur Erreichung des angestrebten Ziels zu treffen sind, so dass er sich für die Umsetzung derjenigen Maßnahmen entscheiden kann, die seinen Ressourcen und Möglichkeiten am besten entsprechen und mit den übrigen von ihm bei der Ausübung seiner Tätigkeit zu erfüllenden Pflichten und Anforderungen vereinbar sind.

53. Zum anderen ermöglicht eine solche Anordnung es ihrem Adressaten, sich von seiner Haftung zu befreien, indem er nachweist, dass er alle zumutbaren Maßnahmen ergriffen hat. Diese Befreiungsmöglichkeit hat aber ganz offensichtlich zur Folge, dass der Adressat dieser Anordnung nicht verpflichtet ist, untragbare Opfer zu erbringen, was u. a. im Hinblick darauf gerechtfertigt erscheint, dass nicht er es war, der die zum Erlass der Anordnung führende Verletzung des Grundrechts des geistigen Eigentums begangen hat.“

- Verhältnismäßigkeitsprüfung: Maßnahme muss angemessen, notwendig und streng zielgerichtet sein
- Vgl auch *Fadden*, C-484/14 und *Bastei Lübbe*, C-149/17

Zusammenfassung

1. Urheberrecht ist ein Grundrecht
2. Es besitzt jedoch keinen absoluten Vorrang
3. Abwägung iS einer „fair balance“ zwischen dem Urheberrecht als Eigentumsrecht und anderen durch die GRC gewährleisteten Grundrechten
4. Auslegung des Schrankenkatalogs nach Art 5 Info-RL
5. Auslegung von Durchsetzungsmaßnahmen



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!



Dr. Veronika Appl, LL.M.
Rechtsanwältin | Location Head of IPT

T: +43 1 531 78 1453
M: +43 676 8888 1102
veronika.appl@dlapiper.com